

## **Stellungnahme zum Antrag**

**Nr. AT/0108/2014**

Beratung im **Stadtrat** am , TOP 32 öffentliche Sitzung

### **Betreff:**

**Stellungnahme zum Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen:  
Sexarbeit im Industriegebiet**

### **Stellungnahme:**

Es wird derzeit an einer Änderung der Rechtsverordnung über das Verbot der Prostitution in Koblenz gearbeitet. Zu den speziellen Inhalten und Verfahrensschritten wurde der Haupt- und Finanzausschuss bereits in seiner Sitzung am 03.11.2014 umfassend unterrichtet. Die Unterrichtung des Rates erfolgt in der anschließenden nicht öffentlichen Sitzung.

### **Zum Antrag selbst ist Folgendes zu sagen:**

Mit dem Antrag soll der Stadtrat die „Einrichtung eines abgeäuzten, von der Öffentlichkeit abgeschirmten Sperrbezirks“ beschließen, versehen mit einem Hygienecontainer und einem Beratungscontainer.

Vor einer derart weitreichenden Beschlussfassung bedarf es einer umfassenden Prüfung einer Vielzahl von Fragen.

Eine solche Beratung erfordert eine gründliche Vorbereitung und Recherche. Dazu gehören die Erkenntnisse aus der Umsetzung der neuen Rechtsverordnung.

Dazu beabsichtige ich, Fachgespräche mit Frauenschutzorganisationen wie Roxanne, Solwodi sowie dem Frauenhaus als auch mit Vertretern des Polizeipräsidiums weiterhin durchzuführen.

Erst nach Abschluss dieser notwendigen Recherchen macht es Sinn, in eine Beratung über die Grundsatzfrage einzutreten.

### **Beschlussempfehlung der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt, von einer Beschlussfassung im Sinne des Antrages abzusehen und schlägt vor, das Ergebnis der Verwaltungsprüfung und die Ergebnisse der neuen Rechtsverordnung im Haupt- und Finanzausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Gez.  
Hammes-Rosenstein  
Bürgermeisterin